

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Thomas Kreuzer

Abg. Florian Ritter

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Eva Gottstein

Abg. Katharina Schulze

Abg. Claudia Stamm

Abg. Manfred Ländner

Abg. Alexander Muthmann

Staatsminister Joachim Herrmann

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Manfred Ländner u. a. und Fraktion (CSU)

Keine gemeinsame Sache mit Linksextremisten und anderen verfassungsfeindlichen Organisationen machen - Appell an demokratische Parteien (Drs. 17/21877)

Ich eröffne die Aussprache. – Erster Redner ist der Kollege Kreuzer.

Thomas Kreuzer (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, meine verehrten Damen und Herren! Ich will heute mit einem Zitat von Johann Wolfgang von Goethe beginnen, der einmal gesagt hat: "Sage mir, mit wem du umgehst, so sage ich dir, wer du bist".

(Beifall bei der CSU)

Man könnte glauben, Goethe habe mit diesem Ausspruch die Opposition in Bayern charakterisiert; so gut passt dieses Wort zum Verhalten, das SPD, GRÜNE und FDP in der aktuellen Debatte über das PAG an den Tag legen. Sie haben bei Ihrer Kritik an den Änderungen des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes nicht nur jedes Maß verloren, Sie zeichnen nicht nur mit Halbwahrheiten und irreführenden Behauptungen ein völlig verzerrtes Bild der Realität und verunsichern damit die Menschen, sondern Sie machen dabei auch noch gemeinsame Sache mit Linksextremisten, mit Gegnern unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung.

(Beifall bei der CSU)

Sie sind einem Bündnis beigetreten, dem allein sieben Gruppierungen angehören, die aus guten Gründen vom Verfassungsschutz beobachtet werden und im Bayerischen Verfassungsschutzbericht 2017 erwähnt werden, weil es konkrete Anhaltspunkte dafür gibt, dass sie extremistische Zielsetzungen verfolgen. Darunter befinden sich: die Linksjugend Solid, die die parlamentarische Demokratie ablehnt und Kontakte zu ge-

waltbereiten Autonomen unterhält; die DKP, die Nachfolgepartei der 1956 verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands; der Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, VVN-BdA, die bundesweit größte linksextremistisch beeinflusste Organisation, die in unserer Demokratie eine Vorstufe zum Faschismus sieht; der Arbeiterbund zum Wiederaufbau der KPD, der Ideen von Stalin und Mao anhängt, und die Rote Hilfe e. V., die sich der Unterstützung linksextremistischer Straf- und Gewalttäter verschrieben hat, die unseren Rechtsstaat als Gesinnungsjustiz verunglimpft und die die RAF-Terroristin Ulrike Meinhof als kämpferische Linke verherrlicht.

Meine Damen und Herren von der SPD und von den GRÜNEN, ist das Ihre Vorstellung von Zivilgesellschaft? Sie wollen angeblich den Rechtsstaat verteidigen und setzen sich dann in ein Boot mit denen, die unseren Rechtsstaat bekämpfen, mit Linksextremisten und Feinden unserer Demokratie. Sie sollten sich schämen!

(Beifall bei der CSU)

Sie demonstrieren mit ihnen, und Sie marschieren mit ihnen. Bei Ihnen heiligt offensichtlich der Zweck die Mittel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, welcher Aufschrei würde durch dieses Parlament gehen, wenn die CSU sich in einem Bündnis mit der AfD oder sogar rechtsextremen Gruppen, zum Beispiel der NPD, engagieren würde. Ihr Protest würde kein Halten mehr kennen.

Wir tun das selbstverständlich nicht; wir setzen auf klare Abgrenzung zu radikalen Kräften jeder Art. Das war bisher Konsens unter den demokratischen Parteien, und das muss auch so bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Wenn SPD, GRÜNE und FDP davon abweichen und hier keine klaren Grenzen mehr ziehen wollen, verabschieden sie sich aus der politischen Mitte.

(Beifall bei der CSU)

Aber immerhin sorgt dieses Verhalten für Klarheit. Die Menschen in Bayern können wenige Monate vor der Landtagswahl deutlich erkennen: Wir, die CSU, stehen an der Seite der Polizei und unserer Bürgerinnen und Bürger, die einen Anspruch auf Sicherheit haben. Sie von der SPD, den GRÜNEN und der FDP stehen Seite an Seite mit Anarchisten, Linksextremen und Kommunisten.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann Sie deshalb nur auffordern: Distanzieren Sie sich von diesen Kräften! Verlassen Sie das Bündnis "noPAG", kehren Sie zu einer sachlichen Debatte zurück!

Lassen Sie mich eines klarstellen. Wir stellen uns jeder sachlichen und auch kontroversen Debatte über die Novellierung des Polizeiaufgabengesetzes. Das ist in der parlamentarischen Demokratie notwendig und selbstverständlich. Aber wir lassen es nicht so stehen, dass in der aktuellen Debatte über das PAG am laufenden Band Unwahrheiten über den Inhalt des Gesetzes verbreitet werden. Das ist keine Medienschelte. Die Medien berichten das, was Sie verbreiten. Es ist vielmehr eine Mahnung an SPD und GRÜNE, bei den Tatsachen zu bleiben und nicht ständig falsche Behauptungen in die Welt zu setzen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

– Sie glauben es nicht? Ich nenne Ihnen Beispiele. Eine Vertreterin der GRÜNEN behauptet bei einer Demo in Würzburg am 21. April, die anlasslose Videoüberwachung von Demonstrationen sei eine starke Einschränkung der Demonstrationsfreiheit in Bezug auf das PAG. Es ist aber schlicht falsch, dass künftig bei Demonstrationen mehr Videoaufnahmen möglich sind; denn dort gilt das Versammlungsgesetz; das Polizeiaufgabengesetz findet hier keine Anwendung.

Oder wenn in einem Flugblatt der SPD der zeitlich unbefristete Gewahrsam als rechtsstaatliche Farce bezeichnet wird: Sie wissen genau, dass der Rechtsstaat auch hier

funktioniert, weil niemand länger als bis zum Ablauf des folgenden Tages ohne richterliche Entscheidung festgehalten werden kann. Dann muss der Richter entscheiden.

Oder wenn so getan wird, als stünde nun die lückenlose Überwachung der bayerischen Bürgerinnen und Bürger bevor. Wenn die GRÜNE JUGEND vom autoritären Umbau Bayerns spricht und behauptet, auch ohne konkreten Tatverdacht und ohne richterlichen Beschluss dürfe die Polizei künftig die Kommunikation überwachen, wenn von großflächiger, anlassloser Überwachung und dem Einsatz von Handgranaten auf Demos die Rede ist – das alles ist falsch und eine grobe Irreführung der Öffentlichkeit.

(Beifall bei der CSU)

Sie wissen doch selbst ganz genau, dass die meisten polizeilichen Befugnisse nur bei schwerer und schwerster Kriminalität zulässig sind. Und Sie wissen genau, dass es im PAG künftig mehr Richtervorbehalte als heute geben wird.

Hören Sie also damit auf, solchen Unsinn zu verbreiten. Hören Sie auf mit Ihrem unsäglichem Gerede von Polizeiwillkür und dem drohenden Überwachungsstaat. Hören Sie auf mit absurden Horrorszenarien, in denen unsere Streifenpolizisten mit Handgranaten durch die Innenstädte spazieren. Das alles ist schlichtweg falsch.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erweitern die Befugnisse unserer Polizei zeitgemäß und verantwortungsvoll, und zwar auf Grundlage unserer verfassungsmäßigen Ordnung. Wir vertrauen unserer Polizei und stellen unsere Polizeibeamtinnen und -beamten auch nicht unter Generalverdacht, wie das öffentlich im Moment bei verschiedenen Veranstaltungen getan wird.

Wir sorgen für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger und schützen sie, soweit man dies kann, bestmöglich vor Terroranschlägen und Schwerstkriminalität.

Andere in diesem Hohen Haus – SPD und GRÜNE – müssen sich hingegen die Frage gefallen lassen, auf welcher Seite sie stehen. Sie sind ein Bündnis mit radikalen Kräften eingegangen, nicht zuletzt auch mit Sympathisanten und Unterstützern der Anti-G20-Demo in Hamburg, bei der es zum Schulterschluss mit linksextremen Gewalttättern gekommen ist und mehrere Hundert Polizistinnen und Polizisten schwer verletzt wurden.

Wer zu unseren Polizistinnen und Polizisten steht, macht keine gemeinsame Sache mit Extremisten. Er verbündet sich nicht mit ihnen. Meine Damen und Herren, das wollen wir mit diesem Dringlichkeitsantrag klarstellen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Ritter.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Allein in der letzten Woche haben in Bayern 17.000 Menschen gegen die Neufassung des Polizeiaufgabengesetzes demonstriert. Man muss sagen, dass das geradezu spontan geschah; denn all diese Demonstrationen waren sehr kurzfristig angesetzt.

Die Menschen demonstrieren, wie es in unserer Verfassung vorgesehen ist, friedlich. Sie tun es vielfältig und bunt. Die Ablehnung ist breit und reicht weit in die bürgerlichen Schichten hinein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, Tatsache ist: Der CSU schwimmen die Felle davon,

(Lachen bei der CSU)

und die Furcht, mit dem PAG könnte es ihr genauso ergehen wie mit dem Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz, ist groß.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auch dieses Gesetz ist letzten Endes an der Kraftmeierei und dem Anspruch der CSU gescheitert, jeden und jede bis ins Kleinste kontrollieren zu wollen und die Menschen bis aufs Blut zu gängeln.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Menschen wenden sich gegen dieses Gesetz, weil Freiheit ein Gefühl und ein Selbstverständnis ist, das den Bayern seit Jahrhunderten in Fleisch und Blut übergegangen ist. Deshalb schreiben die Bayern Freiheit groß. Das ist etwas, was die CSU nie verstanden hat und wahrscheinlich nie verstehen wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die CSU schreibt Freiheit besonders klein und dafür den preußischen Duckmäuserstaat besonders groß.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): So ein Schmarrn!)

Auch das ist einer der Gründe, warum so viele Menschen dieses Gesetz ablehnen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie paktieren mit Kommunisten! Sagen Sie einmal etwas dazu!)

Die Menschen wenden sich gegen dieses Gesetz, weil sich in unserem Verfassungsstaat nicht diejenigen zu rechtfertigen haben, die Bürgerrechte und Freiheitsrechte verteidigen, sondern diejenigen, die diese einschränken wollen. Um diesen Grundsatz schert sich die CSU schon lange nicht mehr. Das wird bei diesem Gesetz ganz besonders sichtbar.

Ja, es mag objektive Gründe geben, Freiheiten zu beschränken. Aber diese Gründe müssen ganz konkret und für alle nachvollziehbar vorgebracht werden. Die Menschen wenden sich gegen dieses Gesetz, weil Sie nicht die konkrete Notwendigkeit der ein-

zelnen Regelungen und ihre Verhältnismäßigkeit darlegen. Sie kehren die Kritik unter den Teppich, dass dieses Gesetz gegen das Trennungsgebot gerichtet ist. Sie führen Eingriffsschwellen ein, die noch nicht einmal Sie selbst den Menschen erklären können.

(Thomas Kreuzer (CSU): Herr Kollege, sprechen Sie einmal zum Inhalt des Antrags!)

– Ich spreche sehr wohl zum Inhalt des Antrags.

(Tobias Reiß (CSU): Das ist Ihr Pakt mit Linksextremen!)

Die Kritik, die wir vorbringen, deckt sich im Gegensatz zu dem, was Herr Kreuzer fälschlicherweise behauptet, vollständig mit der Kritik der Sachverständigen bei der Anhörung in diesem Hause. Ihre Angst vor der Debatte über die tatsächliche Kritik der Opposition und der vielen Menschen in Bayern, die inzwischen gegen diesen Gesetzentwurf auf die Straße gehen, haben Sie eindrucksvoll in einer der letzten Plenarsitzungen und auch heute wieder unter Beweis gestellt. Mit keinem Wort sind Sie auf die Kritik eingegangen, die Ihnen vorgehalten wurde. Mit keinem Wort sind Sie auf die inhaltliche Grundlage der Proteste und den Demonstrationsaufruf für den 10. Mai eingegangen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sprechen Sie einmal zu unserem Antrag!)

Stattdessen haben Sie in den Tiefen der sozialen Netzwerke zwei zugegebenermaßen blödsinnige Zitate herausgesucht und dann den Feind dazu erfunden. Herr Kreuzer, genau das haben Sie heute wieder getan.

Kolleginnen und Kollegen, in einem Punkt hat der Antrag durchaus recht: Es gibt eine Desinformationskampagne über das Polizeiaufgabengesetz. Diese Desinformationskampagne geht von der CSU und der Staatsregierung aus.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der Abgeordneten Claudia Stamm (fraktionslos))

Sie können den Menschen die Notwendigkeit nicht erklären und versuchen, die Debatte auf andere Felder abzulenken. Das ist der Hintergrund dieses Antrags, nichts anderes. Angesichts der Demonstrationen in Bayern, die friedlich und nach Recht und Gesetz ablaufen, steht Ihnen der Angstschweiß im Genick.

Was Ihren Antrag noch viel absurder macht, ist der Umstand, dass er von einer CSU kommt, die seit Monaten kein Halten mehr kennt, wenn es darum geht, Haltungen, Forderungen, Wortwahl und Kampagnen zu kopieren, die man vor zwei Jahren noch in Pegida-Filterblasen vermutet hätte. Das alles geschieht in der Hoffnung, irgendwo noch ein paar Wählerstimmen zusammenzukratzen. Dafür werden dann schon einmal Geist und Werte der Verfassung über Bord geworfen. Bei der Bundestagswahl sollten Sie eigentlich gelernt haben, dass das ausschließlich ein Mandatsbeschaffungsprogramm für Rechtspopulisten ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Was diesen Antrag außerdem noch viel absurder macht, ist der Umstand, dass er von einer CSU kommt, die ihre Europapolitik vor allem darauf ausrichtet, den radikalen Gegnern eines solidarisch, sozial, rechtsstaatlich und demokratisch verfassten Europas den Rücken freizuhalten. Ja, Herr Kreuzer: Sage mir, mit wem du umgehst. Die CSU bezeichnet Viktor Orbán, der die plurale Verfassung Ungarns mit allen Mitteln untergräbt, als ihren guten Freund und Partner und demonstriert bei jeder Gelegenheit inhaltlichen Schulterschluss. Damit komme ich zu den Vorwürfen, die Herr Blume angesprochen hat: Viktor Orbán hat in den letzten Monaten sein Land mit einer antisemitischen Kampagne überzogen, die sich gewaschen hat. Er nennt die CSU unwidersprochen seinen einzigartigen Waffenbruder.

Was diesen Antrag schließlich noch absurd macht, ist der Umstand, dass er von einer CSU kommt, die nichts, aber auch gar nichts dabei findet, dass ihr ehemaliger Integra-

tionsbeauftragter, als er noch im Amt war, wohl wissend, was er tut, den Dialog mit den Grauen Wölfen suchte. Die CSU demonstriert seit Monaten die unbedingte Bereitschaft, zum eigenen Vorteil den gesellschaftlichen Zusammenhalt aufs Spiel zu setzen. Sie legt solche Anträge vor und glaubt, damit andere demokratische Parteien und die Menschen in ganz Bayern, die gegen dieses Polizeiaufgabengesetz demonstrieren, delegitimieren und diffamieren zu können. Heute demonstrieren Sie vor allem eines, nämlich Ihre eigene Bigotterie und Verlogenheit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen. Wir fordern Sie auf, Ihr Polizeiaufgabengesetz so schnell wie möglich zurückzuziehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Ritter, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Herr Fraktionsvorsitzender Kreuzer hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kreuzer, Sie haben das Wort.

Thomas Kreuzer (CSU): Lieber Herr Kollege Ritter, man erlebt ja einiges. Ich möchte Ihnen jetzt doch einmal den Text des Antrags vorlesen.

Florian Ritter (SPD): Ich kenne den Text. Sie müssen ihn nicht vorlesen.

Thomas Kreuzer (CSU):

Der Landtag stellt mit Befremden fest, dass sich demokratisch legitimierte Parteien wie SPD, Grüne und FDP mit Linksextremisten und anderen verfassungsfeindlichen Organisationen in einem Bündnis gegen das PAG-Neuordnungsgesetz zusammengeschlossen haben.

Der Landtag fordert alle demokratischen Kräfte in diesem Bündnis auf, verfassungsfeindliche Organisationen auszuschließen oder andernfalls das umstrittene Bündnis zu verlassen.

Das ist das Ziel des Antrags, Herr Kollege Ritter. Sie haben zu diesem Antrag kein einziges Wort gesagt.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben heute über die PAG-Novelle gesprochen. Über dieses Thema werden wir noch in den Ausschüssen, in der Endberatung und im Plenum diskutieren. Nehmen Sie bitte Stellung: Halten Sie es für richtig, sich mit Antidemokraten zu verbünden, die im Verfassungsschutzbericht erwähnt sind? Halten Sie es für richtig, mit diesen Leuten auf die Straße zu gehen und Veranstaltungen auszurichten? Ist dies der neue Stil der Partei SPD? Ich werde das auch die GRÜNEN fragen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Herr Kollege Ritter, Sie haben das Wort.

Florian Ritter (SPD): Herr Kreuzer, solange Sie nicht das Bündnis mit Viktor Orbán und den Kräften verlassen,

(Beifall bei der SPD – Thomas Kreuzer (CSU): Was für ein Bündnis? Was reden Sie da?)

die sich gegen ein demokratisch verfasstes Europa stellen, haben Sie nicht die Möglichkeit – –

(Widerspruch bei der CSU – Tobias Reiß (CSU): Sie haben kein einziges Argument gegen unseren Antrag vorgebracht!)

– Die Argumente gegen Ihren Antrag haben Sie durch Ihr eigenes Handeln in den letzten Monaten selbst vorgebracht. Dazu brauche ich nichts mehr zu sagen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der Abgeordneten Claudia Stamm (fraktionslos))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, möchte ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass die CSU-Fraktion zu diesem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Jetzt erteile ich Frau Kollegin Gottstein für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Dringlichkeitsantrag hat zwei Seiten. Auf der einen Seite geht es um die Meinungsfreiheit und eine demokratische Auseinandersetzung mit Themen und Entwicklungen. Dazu gehören natürlich auch Zusammenschluss und Kundgebung im Rahmen einer gemeinsamen Position in Form eines Bündnisses. Ich denke, wir müssen an dieser Stelle klar feststellen: Demonstrationen und der sich darin ausdrückende Protest gehören eindeutig zu einer Demokratie, und letztendlich muss eine Staatsregierung damit umgehen können.

In Bayern gibt es in diesem Zusammenhang immer wieder zahlreiche Bündnisse. Wir FREIEN WÄHLER waren im Übrigen auch schon in einem Bündnis. Die Abschaffung der Studiengebühren haben wir nicht allein geschafft – es war ein großes Bündnis, das uns hier unterstützt hat –, die Straßenausbaubeitragssatzung haben wir alleine geschafft.

Meinungen gibt es in Bayern natürlich viele, und es kann den demokratischen Parteien kein Vorwurf daraus gemacht werden, dass sie das PAG, das neue Polizeiaufgabengesetz, bewerten und sich unterschiedlich positionieren.

(Tobias Reiß (CSU): Das macht auch keiner!)

Das ist absolut ihr Recht, und letztendlich ist diese Auseinandersetzung wichtig.

Grundsätzlich kann man auch nicht zum Vorwurf machen, dass sich eine demokratisch legitimierte Partei einer Vereinigung anschließt, die verfassungsrechtlich vielleicht etwas fragwürdig ist. Deswegen ist die eine Seite der Medaille, die im Antrag zum

Ausdruck kommt: "Der Landtag stellt mit Befremden ..." – Als Deutschlehrerin freue ich mich über solche Wörter, die heute eher selten verwendet werden. "Befremden" ist ein schönes Wort, wobei fremd auch schon wieder so eine Sache ist. Fremd: Wir fremdeln doch viel.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Also, der Landtag wird vor allem aufgerufen, mit Befremden festzustellen, dass sich demokratisch legitimierte Parteien zu einem Bündnis mit Linksextremisten und anderen verfassungsfeindlichen Organisationen zusammengeschlossen haben. Ist es aber letztendlich unsere Aufgabe festzustellen, was andere Parteien machen? Sie sagen es.

Ich meine, Sie haben natürlich jetzt gerade – ich denke, zu Recht – die Retourkutsche bekommen, dass Sie in Europa –

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie reden um das Thema herum, Frau Gottstein!)

– Ich habe 13 Minuten und jetzt noch 10 Minuten und 16 Sekunden, da müssen Sie mich jetzt einfach anhören.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Heiterkeit bei der SPD – Thomas Kreuzer (CSU): Hoffentlich kommen Sie irgendwann zum Thema!)

– Heute ist um wichtige Themen schon ganz anders herumgeredet worden, und es wurde dann auf einmal so getan, als würden wir uns verwehren, dass ein christliches Symbol aufgehängt wird. Wir haben uns aber dagegen verwehrt, dass mit diesem christlichen Symbol Schindluder getrieben wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Uns geht es auch darum, dass, wenn wir diesem Antrag zustimmen – Wir werden uns enthalten, weil es, wie gesagt, um zwei Seiten der Medaille geht. Auch Sie enthalten sich manchmal zu Recht. In dem Moment, in dem wir mit Befremden feststellen,

was in diesem Fall den GRÜNEN und der SPD vorgeworfen wird, würden wir auch andere, denke ich, sehr stark verunglimpfen, die ebenfalls in diesem Bündnis sind, und das sind sehr wohl anerkannte Organisationen: ver.di, "München ist bunt! e. V." – das ist bestimmt eine Organisation, der man nichts Falsches vorwerfen kann –, Fanprojekt München, Münchner Flüchtlingsrat,

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

Umweltinstitut München, Bayerischer Journalisten-Verband e. V. – alles Institutionen bzw. Verbünde, denen wir sonst sehr wohlwollend gegenüberstehen und denen wir letztendlich nichts Böses nachweisen können. Auch sie sind in diesem Bündnis, und wenn wir Ihrem Antrag zustimmen würden, dann würden wir deren Entscheidung, in diesem Bündnis zu sein, für falsch halten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ihr Antrag dient doch – das haben Sie, Herr Kollege Kreuzer, letztlich auch gesagt – vordergründig bestimmt auch dazu, diejenigen in die Ecke zu stellen, die sich ernsthaft mit diesem PAG auseinandersetzen und die ernsthaft darüber diskutieren. Wir FREIEN WÄHLER setzen uns mit diesem neuen Polizeiaufgabengesetz auch ernsthaft auseinander und versuchen sachlich, die Vor- und Nachteile herauszuarbeiten. Allerdings sind auch wir in diesem Zusammenhang schon der Lüge bezichtigt worden, und wir lügen hier sicher nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe vorher gesagt, dass dieser Antrag zwei Seiten hat, und die andere Seite richtet sich natürlich schon an die Kolleginnen und Kollegen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wir FREIEN WÄHLER haben uns diesem Bündnis nicht angeschlossen, obwohl wir in vielen Dingen bei dieser Kritik übereinstimmen, weil es ab einem bestimmten Punkt natürlich schon auch um die Glaubwürdigkeit geht. Ich schließe mich Ihrer Kritik zum Teil an: Auch für mich leidet die CSU extrem in ihrer

Glaubwürdigkeit, weil sie sich auf der europäischen Ebene mit einem Viktor Orbán gemeinmacht und das gegen meine Grundsätze verstößt.

Hier ist es aber eben auch so: Sie haben in diesem Bündnis "noPAG" eine Satzung, in der es heißt:

Organisationen und Einzelpersonen mit rassistischen, sexistischen, antisemitischen oder homophoben Zielen werden nicht

– in das Bündnis –

aufgenommen. In strittigen Fällen entscheidet das Plenum. Es soll ein Plenum mindestens einmal pro Monat stattfinden.

Allerdings ist kein Wort davon zu lesen, dass auch Linksextremisten oder überhaupt Extremisten ausgeschlossen würden, und von dem her ist das natürlich, denke ich, schon bedenklich. Wir haben Ihre Liste wirklich studiert. Wir haben noch einmal in der Liste des Verfassungsschutzes nachgesehen; das ist verständlich bzw. selbstverständlich, wenn man sich mit so einem Antrag beschäftigt. Es sind antifant, die MLPD, die DKP München oder die Rote Hilfe dabei, die teilweise eben sehr wohl vom Verfassungsschutz beobachtet werden, und wir haben hier schon Bedenken. Aus unserer Sicht ist es problematisch, dass sie nicht aus dem Bündnis ausgeschlossen wurden, was die Satzung hergäbe, wenn in ihr Linksextremisten und Extremisten definiert würden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Von dem her ist auch unsere Meinung: Der Zweck heiligt nicht immer die Mittel. Wir haben uns dafür entschieden, uns mit diesem PAG auseinanderzusetzen und letztendlich vielleicht auch durch Änderungsanträge noch einmal zu versuchen, manches zu mildern.

In diesem Bündnis geht es, denke ich, zu sehr um Polarisierung, und es sollte sich unserer Meinung nach wirklich eine andere Satzung geben. Gerade wer, wie gesagt, im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Ich habe heute schon einmal gesagt, es gibt doch viel Scheinheiligkeit. Vorhin hat es dann in der Gegenrede geheißen: Sie sind es vielleicht selber. – Ich weiß es nicht. Ich bemühe mich, es nicht zu sein. Die meisten oder viele haben mich jetzt zehn Jahre hier erlebt. Ich habe schon versucht, zu bestimmten Grundsätzen zu stehen. Eine Enthaltung ist in diesem Fall auch etwas, und das wollen wir uns nicht lächerlich machen lassen. Wir sehen auf beiden Seiten eine gewisse Berechtigung und auf beiden Seiten aber auch, dass wir es nicht verstehen, deswegen unsere Enthaltung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER):
Bravo!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Gottstein, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Der Kollege Kreuzer hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

(Thomas Kreuzer (CSU): Ich habe das einmal erwogen, aber nachdem Frau Gottstein dann doch zum Thema gekommen ist, lasse ich es sein! – Heiterkeit bei der CSU)

Okay. Ich hatte nur die Information, dass das der Fall sein würde. Gut. – Danke schön noch einmal, Frau Gottstein. – Jetzt kommen wir zur Kollegin Schulze von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! 1.300 Personen in Erlangen, 1.300 Personen in Nürnberg, 4.000 Personen in Würzburg, 5.000 Personen gestern Abend in Regensburg – so viele Menschen demonstrieren seit ein paar Wochen friedlich, aber konsequent gegen das PAG-Neuordnungsgesetz, weil sie eben keine Lust auf den CSU-Überwachungswahn haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

Weil diese Menschen den Rechtsstaat verteidigen, weil sie unsere Demokratie schützen wollen und weil sie Sicherheit und Freiheit möchten, gehen sie für eine gute personelle Ausstattung der Polizei und gegen das verfassungswidrige Gesetz der CSU auf die Straße. Das Schöne ist: Es sind in den nächsten Wochen noch mindestens sechs weitere Demonstrationen in ganz Bayern geplant. Das alles ist gut, und das alles unterstützen wir GRÜNE aus vollstem Herzen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Und was macht jetzt die CSU? – Anstatt den Protest anzuhören, anstatt die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen und die vielen neuen verfassungswidrigen Eingriffsbefugnisse wieder aus dem Gesetz herauszunehmen, diskreditieren Sie den breiten zivilgesellschaftlichen Protest. Das finde ich, ehrlich gesagt, schäbig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Bündnis "noPAG" in München, das Sie angesprochen haben, ist ein bunter Zusammenschluss ganz verschiedener Organisationen und Parteien: Vom Bayerischen Journalisten-Verband über den Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein e. V. bis hin zu Gewerkschaften, Parteien und Jugendorganisationen haben sich all diese Organisationen

(Tobias Reiß (CSU): Und bekannte linksextremistische Organisationen!)

das Ziel auf die Fahnen geschrieben, ein großes zivilgesellschaftliches Zeichen gegen den CSU-Überwachungswahn zu setzen. Und genau dafür organisiert das Bündnis jetzt eine große Demo am 10. Mai in München. Der Protest dort wird, genauso wie in allen anderen Städten bisher, bunt und friedlich sein. So hat es der Sprecher des Bündnisses bei der Pressekonferenz ganz klar und deutlich formuliert. Ich war selber da und habe es mit eigenen Ohren gehört. Ich möchte, um Sie vielleicht zu beruhigen, aus der Pressemitteilung der Polizei in Würzburg vom letzten Samstag zitieren. Zitat

der Polizei: "Insgesamt verlief die gesamte Versammlung friedlich und störungsfrei." – Warum regen Sie sich auf? Warum regen Sie sich auf, dass Menschen ihr Recht der Demonstrationsfreiheit wahrnehmen und auf die Straße gehen? – Das stört Sie halt, weil sie gegen ein Gesetz von Ihnen auf die Straße gehen. Aber dann bringen Sie nicht so sinnlose Gesetze ein, dann muss man auch nicht dagegen demonstrieren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

Herr Kreuzer, Sie haben in Ihrem Redebeitrag gemeint, eine Politikerin der GRÜNEN habe in Würzburg Desinformationen verbreitet. Ich war selber auf der Demo in Würzburg und weiß noch genau, was ich gesagt habe. Ich bin innenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der GRÜNEN hier. Wir diskutieren dieses Thema in den Ausschüssen zum Glück rauf und runter, und ich habe natürlich nur Dinge gesagt, die in diesem Gesetz so drinstehen.

(Zurufe von der CSU)

Bevor Sie sich weiter aufregen, möchte ich noch kurz an eine Sache erinnern: Vor ein paar Jahren gab es in München ein breites Bündnis von demokratischen und gesellschaftlichen Kräften, Kirchen, Gewerkschaften etc., das sich gegen ein Bürgerbegehren eingesetzt hat, mit dem die Partei "DIE FREIHEIT" das geplante Islamzentrum des Penzberger Imams Benjamin Idriz verhindern wollte. Einer dieser Bündnispartner waren Ihre CSU-Kolleginnen und -Kollegen aus dem Münchner Stadtrat. Wer war noch mit in dem Bündnis? – Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, VVN-BdA. Diese Organisation diskreditieren Sie jetzt mit Ihrem Dringlichkeitsantrag, und bei einer anderen Sache hat die CSU-Fraktion im Münchner Stadtrat mit ihr zusammengearbeitet. Das passt doch irgendwie alles nicht zusammen, was Sie heute und hier sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann mir diesen Antrag heute nur so erklären, dass Sie Angst haben, weil eine Landtagswahl vor der Tür steht

(Manfred Ländner (CSU): Immer derselbe Quatsch!)

und Sie erneut übersteuert haben und über das Ziel hinausgeschossen sind, weil Sie in Ihrem Überwachungswahn etwas ganz Zentrales vergessen haben: Wir hier in Bayern sind ein Freistaat. Freiheit gehört zum bayerischen Lebensgefühl genauso dazu wie das Glück, im sichersten Bundesland in Deutschland leben zu dürfen. Erst gestern konnten wir im Innenausschuss die vorzügliche Kriminalstatistik besprechen. Ich möchte hier und heute noch einmal ein herzliches Dankeschön für die gute Arbeit der bayerischen Polizei, der Rettungskräfte und der Feuerwehr sagen. Dass wir in einem so sicheren Bundesland leben, liegt an deren guter Arbeit. Deswegen müssen wir Polizei, Rettungskräfte und Feuerwehr gut unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

Deshalb können Sie gewiss sein: Wir GRÜNE werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass unsere Sicherheitsbehörden ihre Arbeit gut machen können. Gleichzeitig werden wir dafür sorgen, dass die Bürgerrechte gewahrt bleiben, weil man beides gleichzeitig machen kann.

Wir haben schon bei der ersten Novellierung des Polizeiaufgabengesetzes als einzige Fraktion gegen das Gesetz gestimmt und klagen jetzt vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof. Wir werden auch der zweiten Novellierung nicht zustimmen und wieder vor Gericht ziehen;

(Zuruf des Abgeordneten Ernst Weidenbusch (CSU))

denn die Freiheit stirbt bekanntermaßen scheibchenweise, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir werden zusammen mit vielen anderen nicht zulassen, dass die CSU immer weiter Scheiben von unserer Freiheit abschneidet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Jetzt hat sich der Kollege Kreuzer zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Kreuzer.

Thomas Kreuzer (CSU): Ich müsste jetzt den Antrag wieder vorlesen, aber ich schenke mir das, weil Sie es ja vorher gehört haben. Ich sage nur die Überschrift: "Keine gemeinsame Sache mit Linksextremisten und anderen verfassungsfeindlichen Organisationen machen – Appell an demokratische Parteien". Ich habe Ihnen sieben Organisationen aufgezählt, die im Verfassungsschutzbericht als extremistisch bzw. linksradikal erwähnt sind. Sie haben dazu nicht Stellung genommen. Das Ziel des Antrags ist nicht, das PAG zu diskutieren. Das werden wir tun. Ziel ist auch nicht, Demonstrationen zu verhindern. – Das ist das gute Recht der Leute. Ich frage Sie: Halten Sie es für angebracht, dass man sich mit Verfassungsfeinden verbündet und Seite an Seite demonstriert und marschiert? Oder halten Sie es für demokratische Parteien nicht für richtig, sich mit Extremisten zu verbünden? Das ist die Frage, und dazu will ich eine klare Stellungnahme.

Ein Münchner Kollege sagt mir, das, was Sie über München gesagt haben, stimmt so nicht. Es sei kein offizielles Bündnis gewesen, und auch die Stadtratsfraktion sei nicht dabei. Ich kann es nicht beurteilen. Ich bin kein Münchner. Ich gebe dies weiter. Aber das ist der Kern der Frage. Halten Sie es für richtig, in ein Bündnis zu gehen, die Satzung mit zu unterschreiben, extremistische und radikale Parteien reinzulassen und mit denen gemeinsame Sache zu machen?

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kreuzer. – Frau Kollegin Schulze, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Katharina Schulze (GRÜNE): Lieber Herr Kreuzer, ich habe das in meiner Rede ganz klar gesagt. Ich bin zum Beispiel auf die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, VVN-BdA, eingegangen, mit der Sie bzw. die Münchner Stadtratsfraktion einen gemeinsam Flyer gemacht haben.

(Thomas Kreuzer (CSU): Aber kein Bündnis!)

Den habe ich mir vorher extra herausgeholt, weil ich mir so was schon dachte. Das war ein breiter Zusammenschluss verschiedenster Organisationen, die diese Kampagne gemeinsam gemacht haben. Da waren sowohl die CSU-Stadtratsfraktion als auch all die anderen Organisationen dabei. Ich habe das extra vorher herausgesucht, weil ich mir schon dachte, dass so eine Frage kommt. Damit ich das nachweisen kann,

(Tobias Reiß (CSU): Sie sind auf dem linken Auge blind!)

habe ich es mitgebracht. Das ist genau der Punkt.

(Tobias Reiß (CSU): Nein, das ist nicht der Punkt! Der Punkt ist der Pakt mit Linksextremisten!)

Hier gehen Menschen gegen ein Gesetz auf die Straße, das Sie verabschieden wollen. Das stört Sie, und deswegen möchten Sie den Protest diskreditieren,

(Widerspruch bei der CSU – Glocke des Präsidenten)

und dagegen verwehren wir uns.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Florian Ritter (SPD))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Jetzt hat die Frau Kollegin Claudia Stamm für vier Minuten das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

(Tobias Reiß (CSU): Wie lange? Zwei Minuten maximal!)

Claudia Stamm (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und sehr geehrte Kollegen! Neuerdings scheint die CSU-Fraktion ihre Anträge aus ihrer Zeitschrift, dem "Bayernkurier", abzuschreiben. Den Artikel konnte man noch unter dem Motto "Es ist es nicht einmal wert, ihn zu ignorieren" verbuchen. Aber nun haben Sie Ihre diffamierende Haltung mit dem Antrag ins Plenum getragen, und wir müssen tatsächlich darüber reden, was Sie mit der ersten Reform des Polizeiaufgabengesetzes seit einem Jahr tun. Ja, wir müssen über Rechtsstaat und Verfassungsrecht reden, bestimmt, und zwar über Ihr Verständnis davon, sehr geehrte Kollegen von der CSU. Das hat man heute Morgen bei der Endberatung des sogenannten PAG gesehen. Ihr Gesetz sieht nicht einmal vor, dass ein Verdächtiger im Sinne des PAG, also jemand, der noch keine Straftat begangen hat, zwingend einen Rechtsanwalt zur Seite gestellt bekommt,

(Manfred Ländner (CSU): Das stimmt doch nicht! Wieso behaupten Sie diesen Quatsch?)

ganz im Gegensatz zu einem Strafverdächtigen. Sie stellen also einen Verdächtigen, der noch nichts gemacht hat, schlechter als einen Strafverdächtigen. Das kann es im Sinne des Grundgesetzes nicht sein! Ist das etwa Ihr Verständnis von einem Rechtsstaat?

(Tobias Reiß (CSU): Antrag lesen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ohne den breiten Protest wären Ihre Änderungsanträge heute Morgen doch überhaupt nicht gekommen. Sechs Änderungsanträge an der Zahl, oder anders gesagt: Wie kommt es eigentlich, dass Sie den Änderungsantrag, der die Pressefreiheit massiv einschränken sollte, heute Morgen zurückgezogen haben? Vor zwei Wochen haben Sie ihn überhaupt erst eingereicht, und heute ziehen Sie ihn wegen der Proteste auf der Straße zurück.

(Manfred Ländner (CSU): Nein!)

Die Haltung bei Ihrem Dringlichkeitsantrag ist dieselbe, wie wir sie beim sogenannten Gefährdergesetz vor einem Jahr erlebt haben, dann jetzt bei der Verschärfung des Polizeiaufgabengesetzes und auch beim Psychatriegesetz. Beim Psychatriegesetz haben Sie in Ihrem Entwurf, den Sie hier in den Landtag eingebracht haben – das war kein Vorentwurf –, psychisch Kranke mit psychisch kranken Straftätern gleichgestellt, und ja, es ist gut gewesen, dass sich hier breiter Protest von Betroffenen und Nichtbetroffenen gebildet hat. Beim PAG sind nun alle irgendwie verdächtig. Sie möchten eben die Instrumente in der Hand haben, um jedermann zu überwachen, und zwar bevor eine Straftat begangen wurde – wohlgemerkt: nicht danach.

Bei der ersten Novelle vor einem Jahr war es leider nur einem sehr kleinen Teil der Öffentlichkeit bekannt, was das PAG bedeutet. Jetzt ist es einer breiten Öffentlichkeit bekannt, die nicht damit einverstanden ist. Während vormals mehrere Hundert Menschen demonstrierten, sind es nun pro Demonstration mehrere Tausend Personen, und das ist gut so. Kritik üben und demonstrieren zu können, sind gute verfassungsrechtliche Werte. Wollen Sie die jetzt auch abschaffen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin Stamm. – Als Nächster hat Herr Kollege Ländner von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Manfred Ländner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss als Erstes Frau Gottstein recht geben; denn sie hat von zwei Seiten einer Medaille gesprochen – genau darum geht es –, nämlich von Richtig und Falsch. Uns stört, dass über dieses PAG seit Wochen und Monaten in die Bevölkerung falsche Behauptungen getragen werden von Menschen, die am Erhalt dieses Staates nicht interessiert sind. Der Fraktionsvorsitzende hat sie aufgezählt. Neuerdings gehen Sie im Pakt mit diesen Menschen auf die Straße. Ich als Parlamentarier frage mich: Ist es nicht berechtigt, in diesem Hohen Haus zu bitten bzw. zu empfehlen, sich von diesen Kräften zu distanzieren?

(Beifall bei der CSU)

Genau diese Kräfte, mit denen Sie auf den Straßen unserer Städte unterwegs sind, werden in wenigen Wochen und Monaten bei anderen Anlässen mit Zwillen, mit Steinen, Schlagstöcken, Holz und Knüppeln auf die Polizei losgehen. Das ist und war bei uns in Deutschland der Fall.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD)

Frau Schulze, ich sage Ihnen ein Zweites. Sie wollen immer der Polizei helfen – schön, Mutter Teresa unserer Polizei. Doch was nützen der Polizei die größte Einsatzstärke und die beste Ausrüstung, wenn sie bei Straftaten zusehen muss, bis sie geschehen sind, um sich dann auf Befugnisse in der StPO zu beziehen?

(Zurufe von der SPD)

Wir wollen im präventiven Bereich – im präventiven Bereich! – tätig sein.

Ich komme nun auf die Falschbehauptung zu sprechen. Es wird hier von "Polizeistaat" und von "grundlosem Wegsperrern" gesprochen. In Würzburg wurden – so heute früh im "Morgenmagazin" – Menschen auf der Straße interviewt, die sagen, sie seien dagegen, dass die Polizisten in den Streifenwagen Handgranaten dabei hätten. Deshalb gingen sie zur Demonstration. Diese Behauptungen sind falsch und haltlos. Es ist schrecklich, wenn das Menschen glauben. Die Menschen bekommen es von diesen Organisationen erzählt, mit denen Sie sich gemeinmachen, indem Sie gemeinsam auf die Straße gehen. Das werfe ich Ihnen vor.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann Ihnen Artikel 20 des PAG nicht ersparen, der lautet:

Die festgehaltene Person ist zu entlassen,

1. sobald der Grund für die Maßnahme der Polizei weggefallen ist,

2. wenn die Fortdauer der Freiheitsentziehung durch richterliche Entscheidung für unzulässig erklärt wird,

3. in jedem Fall spätestens bis zum Ende des Tages nach dem Ergreifen, wenn nicht vorher die Fortdauer der Freiheitsentziehung durch richterliche Entscheidung angeordnet ist. In der richterlichen Entscheidung ist die Dauer der Freiheitsentziehung zu bestimmen. Sie darf nicht mehr als drei Monate betragen und kann jeweils um längstens drei Monate verlängert werden.

Das bekämpfen Sie in diesen Demonstrationen.

Das PAG, dessen Ausdruck aus dem Internet ich Ihnen vorgelesen habe, ist am 01.08.2017 in Kraft getreten. Sie demonstrieren also gegen eine Änderung, die am 01.08.2017 in Kraft getreten ist und im Juli 2017 vom Bayerischen Landtag beschlossen wurde, und zwar mit den Stimmen der CSU bei Enthaltung der SPD und der FREIEN WÄHLER gegen die Stimmen der GRÜNEN. Heute, ein Dreivierteljahr später, demonstrieren Sie, bringen die Menschen in Wallung und behaupten, wir machten Wahlkampf. Das ist grotesk.

(Beifall bei der CSU)

Ich lese Ihnen auch aus Artikel 11 des PAG vor:

... wonach in absehbarer Zeit Angriffe von erheblicher Intensität oder Auswirkung zu erwarten sind (drohende Gefahr), soweit nicht die Art. 12 bis 48 die Befugnisse der Polizei besonders regeln. ²Bedeutende Rechtsgüter sind:

1. der Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes,
2. Leben, Gesundheit oder Freiheit,
3. die sexuelle Selbstbestimmung,
4. erhebliche Eigentumspositionen oder

5. Sachen, deren Erhalt im besonderen öffentlichen Interesse liegt.

Dagegen wehren Sie sich: Das darf nicht sein, ein Polizeistaat in Bayern, wenn das kommt. – Dieses Gesetz ist am 01.08.2017 in Kraft getreten.

(Zuruf von der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich rede insofern zum Antrag, als diese Dinge, die in den Demonstrationen hochgepuscht werden, mit denen man Aufregung erzeugt und gegen unsere Polizei Stimmung macht, fälschlicherweise behauptet werden. Mit diesen Menschen, die fälschlicherweise Behauptungen aufstellen, demonstrieren Sie gemeinsam. Es wird falsch informiert und aufgewiegelt, und Sie sind dabei. Dagegen wehren wir uns.

Jeder muss das Recht der Demonstrationsfreiheit haben. Aber wenn Sie mitmachen, wenn von gewissen Organisationen, die kein Interesse an unserer Polizei und an unserem Rechtsstaat haben, zwischen die Menschen in unserem Land ein Keil getrieben werden soll, frage ich Sie schon: Wollen Sie das weiter aufrechterhalten? Oder sagen Sie: Wir distanzieren uns von diesen Kräften? Sie wollen wohl die CSU treffen, treffen aber unsere Polizei. Der Keil "Bürger gegen Polizei" wird durch solche Organisationen weiter vorangetrieben und verschärft. Ich hoffe, Sie sind bei solchen Demonstrationen zukünftig nicht mehr dabei.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Muthmann für zwei Minuten das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Alexander Muthmann (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Ländner, von einer Distanzierung von der Polizei kann im Zusammenhang mit der Kritik an dem PAG-Entwurf keine Rede sein. Möglicherweise haben Sie dazu auch meinen letzten Beitrag gehört. Ich habe mich mit dem PAG vor allem deswegen kritisch auseinandergesetzt, weil es angesichts "drohender Gefahren" um eine Fülle neuer Befugnisse und um die Vorverlegung der Eingriffsschwelle geht.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Das ist durchaus einer Kritik und einer Auseinandersetzung würdig, zumal unsere verschiedentlich vorgetragene Kritik durch eine große Zahl gesellschaftlicher Gruppen aufgegriffen wurde, die sich mit diesem Entwurf ebenfalls befasst. Dass daran eine Reihe von Gruppen beteiligt ist, mit denen ich persönlich politisch gar nichts gemeinsam habe und nichts zu tun haben möchte, ist offenkundig. Das ist mehrfach angesprochen worden. Aber gemeinsam Bedenken gegen diesen Entwurf des PAG zu artikulieren, bedeutet noch nicht, gemeinsame Sache zu machen, wie Sie, Herr Kreuzer, es formuliert haben.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Diese Summe kritischer Äußerungen und Bewertungen wird auch über Veranstaltungen nach außen getragen. Diese Kritik zu diskreditieren, wird über diesen Dringlichkeitsantrag auch ein Stück weit versucht. Stattdessen sollten wir in dieser Debatte den PAG-Entwurf sachlich bewerten und zu einer vernünftigen Auseinandersetzung zurückkehren. Das haben das PAG und vor allem die Polizisten, die dann die Maßnahmen vollziehen müssen, verdient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Muthmann. – Jetzt hat Herr Staatsminister Herrmann das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat werden wir in der Plenarsitzung am 15. Mai hinreichend Gelegenheit haben, uns über die Inhalte der Reform des Polizeiaufgabengesetzes hier zu streiten. Da ist der Platz für diese Debatte, nachdem der Rechtsausschuss heute die Endberatung der Ausschussberatungen durchgeführt hat.

Heute geht es, wie das Herr Fraktionsvorsitzender Kreuzer angesprochen hat, in der Tat um etwas anderes. Es geht nämlich nicht um die Inhalte dieses Gesetzes, sondern

um die Art und Weise, wie in diesem Lande einige derzeit die Debatte darüber führen. Es ist völlig in Ordnung, wenn über so einen Gesetzentwurf kontrovers diskutiert wird. Es ist in Ordnung, wenn in einer harten Debatte die Vor- und Nachteile erörtert werden. Nach meiner Beobachtung muss ich aber feststellen, es ist schon lange nicht mehr vorgekommen, dass demokratische Parteien sich in der Maschinerie des Vorwahlkampfes mit erklärten Verfassungsfeinden in ein Boot setzen. Sie tun dies mit Organisationen, die Tag und Nacht in verfassungsfeindlicher Weise, zum Teil auch in absolut persönlich gehässiger Weise, gegen unseren Rechtsstaat, unsere Polizei und unsere Justiz agieren. Wenn sich die SPD und die GRÜNEN, wenn sich sogar Teile der FDP mit solchen Organisationen absichtlich gemeinmachen und ein Bündnis mit erklärten verfassungsfeindlichen Kräften eingehen, dann tun sie das nur, um Vorwahlkampf zu betreiben. Es geht nicht darum, dass man eine Demonstration veranstaltet und dann nicht kontrollieren kann, wer alles mitläuft. Das ist unglaublich, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU – Zurufe der Abgeordneten Margit Wild (SPD) und Florian von Brunn (SPD))

Ich habe die Berichte von mehreren Veranstaltungen mitbekommen. Dabei wurden natürlich nicht von Rednern der SPD oder der GRÜNEN derartig polizeifeindliche Äußerungen gemacht. Es treten aber Redner der anderen Gruppierungen auf, von der Linkspartei oder auch von anderen, die sich in unverschämter Weise äußern und behaupten, die Polizei würde Beweise fälschen und vieles mehr. Die Vertreter der SPD, der GRÜNEN und der FDP stehen dann daneben, und sie klatschen dann auch noch Beifall. Da muss man doch wohl annehmen, dass sie dabei überhaupt nicht richtig zuhören.

(Beifall bei der CSU – Tobias Reiß (CSU): Unerträglich!)

So ist inzwischen die Situation im Land draußen. Das ist ein unglaublicher Zustand. Meine Damen und Herren, ich kann dazu nur sagen: Ihnen mag es Spaß machen,

damit Vorwahlkampf zu machen. Ich aber stelle fest: Sie diskreditieren damit Ihre Fähigkeit, in diesem Land auch nur irgendwie politische Verantwortung zu übernehmen, und Ihre Glaubwürdigkeit. Es ist schlimm, was Sie anrichten.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Frau Kollegin Schulze hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

(Bernhard Roos (SPD): Wahlkampfgetöse! – Martin Stümpfig (GRÜNE): Woher wissen Sie das? Werden die Veranstaltungen observiert?)

– Wir halten hier keine Zwiesprache. Jetzt hat Frau Kollegin Schulze das Wort. Bitte schön.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Das ist keine Zwiesprache, sondern ein Zwischenruf!)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres und Integration): – Habe ich leider nicht verstanden, Herr Kollege. Dann stellt sich die Frage, an wen der Zwischenruf gerichtet war.

Katharina Schulze (GRÜNE): Ich denke, im Zweifel an Sie. – Ich wollte auf einen Punkt eingehen, Herr Staatsminister. Sie haben uns vorgeworfen, wir würden Vorwahlkampf machen. Das weise ich ganz entschieden zurück.

(Lachen bei der CSU)

Wir haben uns schon im letzten Sommer massiv gegen die erste Novellierung des Polizeiaufgabengesetzes artikuliert. Wir haben hier im Landtag harte Debatten geführt. Wir machen das Gleiche hier auf der parlamentarischen Ebene. Aus Ihrer Sicht kann ich nachvollziehen, dass Sie überrascht, vielleicht auch ein bisschen erschrocken darüber sind, wenn viele Bürgerinnen und Bürger jetzt auf die Straße gehen, weil diese der Auffassung sind, was die CSU plant, geht eindeutig einen Schritt zu weit. Wenn

Sie uns aber zum Vorwurf machen, dass wir die Meinung, die wir im Parlament vertreten, auch auf der Straße vertreten, dann finde ich das absurd.

(Ingrid Heckner (CSU): Ihr seid ein Bündnis eingegangen!)

Ich wollte deshalb klarstellen: Wir arbeiten an diesem Thema inhaltlich. Wir wollen, dass alle Menschen in Bayern frei und sicher leben können. Dafür müssen wir unsere bayerische Polizei gut ausstatten.

(Unruhe bei der CSU – Tobias Reiß (CSU): Dazu braucht es den Verfassungsfeind?)

Gleichzeitig müssen wir die Bürger- und die Freiheitsrechte schützen. Das ist unsere Aufgabe. Wenn Sie es nicht tun, dann machen wir es.

(Beifall bei den GRÜNEN – Manfred Ländner (CSU): Absurd!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres und Integration): Ich freue mich immer, Frau Kollegin Schulze, wenn Sie das, was Sie hier erzählen, auch draußen erzählen. Das ist völlig in Ordnung. Ich würde mich allerdings auch freuen, wenn Sie gerade angesichts der aktuellen Situation die wenigen freundlichen Sätze, die Sie in den letzten Monaten zur bayerischen Polizei gefunden haben, demnächst auch auf öffentlichen Marktplätzen äußern würden. Dazu höre ich von Ihnen aber leider sehr wenig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich würde mich zum Beispiel freuen, wenn Sie angesichts der vielen Lügen, die im Moment verbreitet werden, sich demnächst auf einem Marktplatz hinstellen und sagen würden: Jede Äußerung, die in den letzten Wochen dazu gefallen ist, dass die bayerische Polizei in Zukunft überall mit Handgranaten herumläuft, ist blanke Lüge. Es

wäre wünschenswert, dass Sie es sich verbitten, dass jemand aus diesem Aktionsbündnis so etwas verbreitet. Das ist nämlich blanke Lüge, meine Damen und Herren! Es wäre schön, wenn Sie das auch einmal erzählen würden.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/21877 zustimmen will – –

(Thomas Kreuzer (CSU): Wir haben namentliche Abstimmung beantragt!)

– Alles klar, tut mir leid. Entschuldigung, das stand nicht in meinen Unterlagen. – Dann kommen wir zur namentlichen Abstimmung. Ich gebe dafür fünf Minuten Zeit. Der Gegenstand ist hinreichend bekannt. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 16.46 bis 16.51 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten sind um. Ich schließe die namentliche Abstimmung. Wir fahren in der Tagesordnung fort. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird Ihnen, sobald es vorliegt, mitgeteilt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/21878 mit 21884 sowie 17/21898 mit 21902 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt komme, gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Schulze, Hartmann, Gote und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Bayern: vielfältig und weltoffen! Kein Missbrauch religiöser Symbole durch die Partei CSU und Staatsregierung!", Drucksache 17/21876, bekannt. Mit Ja haben 41 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 87. Stimmenthaltungen: 12. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun gebe ich nur noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Reiß, Ländner und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Keine gemeinsame Sache mit Linksextremisten und anderen verfassungsfeindlichen Organisationen machen – Appell an demokratische Parteien", Drucksache 17/21877, bekannt. Mit Ja haben 73 und mit Nein 39 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 12 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 26.04.2018 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Manfred Ländner u. a. und Fraktion CSU; Keine gemeinsame Sache mit Linksextremisten und anderen verfassungsfeindlichen Organisationen machen - Appell an demokratische Parteien (Drucksache 17/21877)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus			
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun			
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut	X		
Celina Kerstin		X	
Deckwerth Ilona		X	
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen			X
Fehlner Martina			
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Freller Karl	X		
Füracker Albert			
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			X
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gibis Max			
Glauber Thorsten			X
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			X
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine	X		
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmär			
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.			
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian			
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes	X		
Hözl Florian	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert			
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas			X
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena			
Petersen Kathi			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin			
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz			
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara			
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina			
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winter Georg			
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	73	39	12